

23

Hannover, den 19. 2.1976

1. Vermerk:

0017

Betr.: KEWA Wiederaufarbeitungsanlage (WAA)
hier: Standort Wahn, Lk Aschendorf

Bezug: Besprechung am 18. 2.1976 im Hause

Teilnehmer: siehe anliegende Teilnehmerliste

Ergebnis:

Einleitend wies StS Dr. Röhler auf die energiewirtschaftliche Notwendigkeit der WAA und die Bedeutung der möglichen Ansiedlung im Emsland hin. Er hob die Notwendigkeit einer sachlichen Erörterung hervor, da letztendlich die notwendigen Kenntnisse zur abschließenden Beurteilung des Projektes nicht vorhanden seien.

Dr. Hagen (BMFT) erläuterte anschließend das Energiekonzept der Bundesregierung, welches bis 1985 eine Leistung von 40 000 MW Strom aus Kernkraftwerken vorsieht. Diese Leistung kann nur erreicht werden, wenn parallel entsprechende Entsorgungskapazitäten geschaffen werden.

Dr. Kuhnt (PWK) hob ebenfalls die Notwendigkeit der verstärkten Kernenergieanwendung hervor. Nach seiner Auffassung steht bis 1990 keine alternative Primärenergie zur Stromerzeugung zur Verfügung. Auch die heimische Steinkohle kann die beim Fortfall der Kernenergie entstehende Lücke nicht decken, da die Förderkapazität begrenzt und ein Neuaufschluß in diesem Zeitraum nicht möglich ist. Die PWK plant, den Auftrag zum Bau der WAA in der 1. Hälfte 1976 an die KEWA zu erteilen. Es soll angestrebt werden, die erste Teilerrichtungsgenehmigung für die Lagerbecken 1978 zu erhalten. Die Lagerbecken werden ab 1980 dringend benötigt.

Dr. Zühlke (KEWA) erläuterte das Anlagenkonzept für die WAA. Nach 3 - 4 Jahren im Betrieb müssen die Brennelemente (BE) in den Kernkraftwerken ausgewechselt werden. Nach einer Zwischenlagerung am Kraftwerksstandort werden die BE zur WAA transportiert. Der Transport erfolgt in genehmigten Transportbehältern per Straße oder per Schiene. In der Eingangsstation der WAA werden die BE zunächst in Lagerbecken gelagert. Diese sind auf die Kapazität einer Jahresproduktion $\hat{=}$ 1 400 t Brennstoff $\hat{=}$ 40 - 45 000 MW Kraftwerksleistung ausgelegt. Die BE werden im Wiederaufarbeitungsprozeß sodann mechanisch zerlegt, aufgelöst, die Spaltprodukte von den noch verwendbaren Brennstoffen getrennt und im nächsten Schritt die Brennstoffe (Uran und Plutonium) voneinander getrennt. Die die Spaltprodukte enthaltende Lösung wird eingedampft und dann zwischengelagert. Die schwach- und mittelaktiven Abfälle werden verfestigt und in das Endlager im Salzstock verbracht. Von den zurückgewonnenen Brennstoffen wird das Uran in Urantetrafluorid umgewandelt und an eine Anreicherungsanlage abgegeben. Das Plutonium wird an Ort und Stelle zu Brennelementen weiterverarbeitet. Dr. Zühlke betonte, daß es sich bei der Wiederaufarbeitung um einen seit 30 Jahren erprobten chemischen Prozeß handelt. Es sind z. Z. Anlagen vergleichbarer Art in England und Frankreich im Betrieb. Ferner arbeitet eine Pilotanlage in Karlsruhe. Beim Bau der geplanten Anlage kann aufgrund von Zusammenarbeitsverträgen auf die Erfahrungen in den Anlagen in England und Frankreich zurückgegriffen werden. Auf die Frage nach der Betriebsdauer der Anlage, die mit 20 Jahren angegeben worden sei stellte Dr. Zühlke fest, daß es sich beim späteren Standort um ein normales Industriegelände handele, das so lange genutzt wird, wie es wirtschaftlich sinnvoll sei. Bei den angesprochenen 20 Jahren handele es sich um einen kalkulatorischen Zeitraum, in dem die Anlagen abgeschrieben werden. Die Endlagerkapazität reiche über weitaus längere Zeiträume.

MR Stuhr erläuterte die wirtschaftliche und strukturelle Bedeutung der WAA. Aufgrund eingehend überprüfter Zahlen ist mit Investitionen von 3,8 Mrd. DM (Preisstand 1975) und

3 600 neuen Arbeitsplätzen zu rechnen. Das für die Gemeinden zu erwartende Steueraufkommen (ohne Lohnsteuer) wurde mit angenähert 11 - 20 Mio DM jährlich in der Bauphase und 28 - 50 Mio DM im Betrieb ermittelt. Auf den Einwand, daß das Endlager vom Bund betrieben werde und dort demnach keine Steuern anfallen würden, wurde von Dr. Hagen (BMFT) erklärt, daß für die Durchführung der Endlagerung eine privatrechtliche Gesellschaft als Kontraktor für den Bund tätig werden soll. Es bestand im übrigen Einigkeit darüber, daß der Sitz der Betriebsgesellschaft am Standort der WAA sein soll. Es wurden sodann eingehend die zu erwartenden Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur, die kommunale Infrastruktur, den sekundären und tertiären Sektor erläutert.

StS Dr. Röhler leitete anschließend zum aktuellen Stand der Planungen über. Danach stehen z. Z. an 3 Standorten Untersuchungen an, die insbesondere Bohrungen zur Feststellung der Steinsalzfolge umfassen. Es wurde hervorgehoben, daß diese Bohrungen an allen Standorten erforderlich sind und bei negativem Ausgang alle anderen Untersuchungen überflüssig werden. Eine Entscheidung über den Standort ist mit dem positiven Ergebnis der Bohrungen nicht verbunden, diese wird später nach der Durchführung weiterer naturwissenschaftlicher Untersuchungen auf der Basis aller erforderlichen Standortkenntnisse getroffen.

Dr. Hagen (BMFT) ging nochmals auf den Ablauf der Standort-suche ein, wonach eine wesentliche Standortvoraussetzung für die WAA - das Endlagerpotential - nur im norddeutschen Raum anzutreffen sei, so daß die Zahl der präferenzierten Standorte von vornherein eingeschränkt wurde. Die Planungen sahen vor, an den drei verbliebenen Standorten Untersuchungen zur Erkundung des Salzstocks und zur Hydrologie gleichzeitig anlaufen zu lassen; dieses sei daran gescheitert, da Bohrgeräte nicht zu gleichen Zeitpunkten verfügbar waren. Auf eine Zwischenfrage von Herrn Kruse (Landvolk) bestätigte Dr. Hagen, daß es sich bei den anderen Standorten um die Räume Verden und Celle handelt. Der Zeitplan sieht vor,

daß die Erkundung des Salzstockes in ASD im Januar/Februar und im Raum Celle im März/April erfolgen soll. Für die Bohrungen im Raum Verden ist z. Z. kein Bohrgerät verfügbar, entsprechende Verhandlungen laufen jedoch. Es wurde zurückgewiesen, daß ASD aufgrund der dort bevorstehenden Bohrung Vorrang genieße. Im übrigen bestünde die Möglichkeit, daß weitere Standorte in die Erkundung mit einbezogen werden, da zwischenzeitlich neues Material vorliegt. Hinsichtlich der Haltung des BMVtdg zum Standort der WAA im Bereich der Erprobungsstelle Meppen erklärte Dr. Hagen, daß BMVtdg z. Z. nicht bereit sei, vom Schießplatz abzurücken. Er wird sich hinsichtlich der weiteren Verwendung nur einem Kabinettsbeschluß beugen.

Es wurde sodann die Frage des Nebeneinanders Schießplatz/WAA erörtert. OKD Dr. Tiedecken bat zu prüfen, ob es denkbar sei daß eine Region von zwei Sonderopfern (Schießplatz, WAA) in strukturpolitisch nicht vertretbarer Weise belastet werden kann. Deshalb sollte vor einer weiteren Erkundung des Standortes die Frage geklärt werden, ob die WAA mit dem Schießplatz vereinbar ist. Von BM Hövelmann (Papenburg) wurden als weitere Sonderopfer des Emslandes bestehende BW-Depots und Tiefflugschneisen angeführt. Da das Emsland nach dem Kriege laufend Opfer für die Landesverteidigung erbracht habe, sei jetzt eine andere Region "ander Reihe". SGD Kröger (Sögel) vertrat die Auffassung, daß berücksichtigt werden sollte, daß Wahn in den 30er Jahren zwangsweise umgesiedelt worden sei. Daraus resultiere schon jetzt eine erhebliche psychologische Belastung. Deshalb sollten vorab andere Standorte untersucht werden, da dann die Argumentation gegenüber der Bevölkerung leichter werde.

Von Dr. Hagen (BMFT) wurde festgestellt, daß der Bau der WAA im Zielgebiet des Schießplatzes nicht möglich sei. Eine Klärung der Frage, was mit dem Schießplatz^{zu} geschehen habe, kann z. Z. nicht erfolgen, da die Standortfrage der WAA nicht geklärt sei. Eine Verschiebung des Schieß-

platzes wird nicht für sinnvoll gehalten. BMVtdg hat jedoch zugestimmt, daß der Salzstock unter dem Schießplatzgelände genutzt werden kann. In diesem Falle wäre der Bau der WAA am Rand des Schießplatzes denkbar.

StS Dr. Röhler stellte die Frage nach der Sonderbelastung durch die WAA. Es wurde darauf hingewiesen, daß auch an Standorten in Niedersachsen kerntechnische Anlagen im Betrieb sind, die für die dortige Bevölkerung durchaus zum Alltag gehören. Es wurde nochmals auf den strukturellen Effekt hingewiesen, der durch die Ansiedlung entstehen würde. Dem wurde die gegenwärtige Struktur des Lk Aschendorf und die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung gegenübergestellt. Aus diesem Grunde wurde gefordert, die Bedenken und die Fakten für die WAA gegeneinander abzuwägen.

MdL Remmers stellte dazu fest, daß der Lk ASD durch erbrachte Sonderopfer bereits belastet sei und daß ausgerechnet an diesem Standort die ersten Untersuchungen durchgeführt würden. Außerdem sei die bisherige Information durch die Trägergesellschaften, insbesondere hinsichtlich der Investitionen und Arbeitsplätze, undurchsichtig gewesen. Deshalb sollte erst an einem anderen Standort gebohrt werden. Wenn dort positive Voraussetzungen angetroffen würden, sollte auf den Standort in ASD verzichtet werden.

BM Steinkamp (SG Dörpen) bemängelte, daß die Gefahren, die von der WAA ausgehen könnten, nicht hinreichend dargestellt werden. Im übrigen bestehe der Eindruck, als habe sich Niedersachsen verpflichtet, die WAA im Lande zu bauen. Diese Auffassung wurde von MR Stuhr zurückgewiesen. Nach Auffassung vom MW handele es sich in erster Linie um ein für den Lk ASD aus struktureller Sicht äußerst interessantes Projekt. Eine Beurteilung der Sicherheitsrisiken könne im übrigen erst im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durch entsprechende gutachtliche Absicherung erfolgen.

Landrat Stricker stellte fest, daß er aus strukturpolitischen Gründen ein Gegner des Vorhabens sei. Das Emsland hätte schon durch das KKW Lingen ein Opfer erbracht. Dort sei die Bevölkerung ruhig geblieben, und nun versuche man gerade aus diesem Grund, weitere kern-technische Anlagen ins Emsland zu bringen.

BM Hövelmann (Papenburg) warf erneut die Frage der Sonderopfer für das Emsland auf. Er vertrat die Auffassung, bei der WAA könne es sich nicht um eine strukturpolitisch interessante Ansiedlung handeln, da sich andere Bereiche nicht um die Anlage bemühen.

OKD Dr. Tiedecken stellte fest, daß ursprünglich sehr wohl der strukturpolitische Nutzen der WAA gesehen worden sei. Aufgrund einer zwischenzeitlich durchgeführten Abwägung, in die insbesondere die Befürchtung eingegangen ist, daß Arbeitsplätze bei der Erprobungsstelle Meppen und in der Landwirtschaft verlorengehen könnten, sei man zu der Auffassung gelangt, daß die negativen Aspekte bei dieser Ansiedlung überwiegen.

MdL Remmers vertrat die Auffassung, daß der angesprochene strukturpolitische Nutzen nur vorübergehend für etwa 20 Jahre eintrete. Er stellte die Frage, was aus dem Hümmling wird, wenn "die ganze Gegend verseucht ist".

Nach einer Pause faßte StS Dr. Röhler das Ergebnis der bisherigen Diskussion zusammen und stellte fest, daß noch ein erhebliches Informationsdefizit bestünde, welches durch Information und Sachaufklärung ausgeglichen werden müsse. Deshalb sollte von den Trägern der WAA ein Informationsprogramm ausgearbeitet werden, welches den Betroffenen zugeleitet werden soll. Ausgehend von der Tatsache, daß im Lk ASD hinsichtlich der geplanten Bohrungen und einer damit verbundenen Prioritätssetzung ein falscher Eindruck entstanden ist, wurde ferner vorgeschlagen, daß die

Standortuntersuchungen an allen Standorten gleichzeitig anlaufen sollen. Es wurde dabei davon ausgegangen, daß die Landkreise und Gemeinden gegen die Durchführung der Bohrungen keine Einwände erheben, da gegen die Sammlung von Informationen über Standorte zur Vorbereitung einer Standortvorentscheidung keine sachlichen Einwände möglich seien. Eine Entscheidung der betroffenen Landkreise und Gemeinden für die Zulassung der Bohrungen sollte bis zum 1. 3. erfolgen. Auf den Wunsch einiger Beteiligter wurde diese Frist bis zum 15. 3. verlängert. In dieser Frist soll von seiten der Trägergesellschaften im Bereich ASD nichts unternommen werden.

MdL Remmers begrüßte, daß die Entscheidung nicht in der Sitzung getroffen werden müsse. Er bat darum, daß die beteiligten Landkreise die Bohrergebnisse zugeleitet bekommen. Dieses wurde zugesagt.

Der Kompromißvorschlag wurde von BM Raming-Freesen (SG Lathen) abgelehnt. BM Hövelmann (Papenburg) stellte fest, daß gegen weitere Informationen nichts einzuwenden sei, er gab jedoch zu bedenken, daß bei einer Zustimmung zu den Bohrungen und negativen Ergebnissen an den anderen Standorten nur noch ASD übrig bliebe. Deshalb sollte man die Bohrungen mit allen Mitteln "aufhalten und erschweren".

Landrat Stricker stellte fest, daß das Projekt in ASD nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden könne. Er wies auf die bereits erbrachten Sonderopfer hin und stellte fest, daß das Vorhaben der Bevölkerung nicht zugemutet werden könne. Deshalb könne eine Zustimmung zu den Bohrungen nicht erfolgen.

Nach Ansicht von Herrn Kruse (Landvolk) liegen alle notwendigen Informationen zur Beurteilung des Projektes vor. Nachdem Studium der Unterlagen sei man zur Auffassung gelangt, daß das Projekt "schlecht" für den Kreis sei. Die Entscheidung sei deshalb "nein".

BM Albers (Werpeloh) schloß aus der Tatsache, daß die WAA in Frankreich in einem bevölkerungsarmen Raum liegt, die Folgerung, daß geplant sei, den Lk ASD "zu entvölkern". Dazu wurde von Dr. Hagen (BMFT) festgestellt, daß in Frankreich zwei Anlagen, und zwar eine bei Cherbourg (20 km) und eine bei Avignon im Betrieb seien. Aussiedlungen habe es dort nicht gegeben.

Herr Witholt (Lk) wies darauf hin, daß die 1. Teilerrichtungsgenehmigung für die Lagerbecken bis 1978 erfolgen solle. Er warf die Frage auf, ob eine Teilerrichtungsgenehmigung überhaupt möglich sei, wenn z. B. für die Beseitigung der hochaktiven Abfälle noch kein abschließendes Konzept vorliegt.

MR Sieber (MS) führte dann aus, daß im Rahmen der 1. Teilerrichtungsgenehmigung auch Standort und Konzept der WAA überprüft werden. Die Frage der Endlagerung fällt in die Kompetenz des Bundes und wird von der PTB geprüft. MS wird eine Stellungnahme der PTB anfordern. MR Sieber vertrat im übrigen die Auffassung, daß für den Fall eines negativen Ausgangs der z. Z. laufenden Forschungen über die Endlagerung hochaktiver Abfälle in Salzstöcken die Zwischenlagerung an sich kein Provisorium darstellt, da diese Art der Lagerung hinreichend erprobt und sicher sei.

Von BM Steinkamp (SG Dörpen) wurde die Frage des weiteren Genehmigungsverfahrens zur Einbringung von Isotopen zur Grundwassererkundung aufgeworfen. In Bayern seien solche Genehmigungen versagt worden. Der Landkreis habe eine Genehmigung ebenfalls abgelehnt.

Prof. Anger (KEWA) führte dazu aus, daß es sich bei den zur Grundwassererkundung einzusetzenden Isotopen um Substanzen handelt, die nach Tagen oder Stunden abgebaut werden und die absolut ungefährlich sind. Die gleichen Substanzen würden auch zu medizinischen Zwecken eingesetzt.

Untersuchungsgenehmigungen in Bayern seien erteilt worden, ebenso wie in der Umgebung von Asse, wo z. Z. Untersuchungen laufen. Er teilte ferner mit, daß im Bereich des Standortes Wahn bisher 16 Flachbohrungen zur Erkundung des Bodens, der Grundwasser- und Stauhorizonte durchgeführt wurden. Die Bohrlöcher sind inzwischen verfüllt worden. Auf dem vorgesehenen Gelände für die Tiefbohrung wurde ein Brunnenrohr gerammt, aus dem Wasser zur Durchführung der Tiefbohrung gewonnen werden soll. An den anderen Standorten soll die Flachbohrungen in Kürze aufgenommen werden.

BM Gerdes (Wipplingen) stellte die Frage, ob kommunale und andere Investitionen, die z. Z. im Umkreis der geplanten Anlagen durchgeführt werden, weiterlaufen können. Diese Frage wurde von seiten des MS bejaht.

Von BM Raming-Freesen (Lathen) wurde die Frage der Krypton- und Jod-Rückhaltung aufgeworfen. Dr. Hagen (BMFT) führte dazu aus, daß in Karlsruhe die WAK mit einem Jodfilter läuft, der in der Praxis erprobt ist und einen hohen Wirkungsgrad hat. Es laufen außerdem Erprobungen zur Rückhaltung von Krypton. MR Sieber (MS) stellte dazu fest, daß die Strahlenschutzkommission die Rückhaltung von Krypton fordert. Deshalb sei eine Genehmigung der Anlage nur beim Einbau entsprechender Einrichtungen möglich. Es wurde im übrigen darauf hingewiesen, daß ein gewisses Restrisiko bei kerntechnischen Anlagen ebenso vorhanden sei wie bei allen anderen industriellen Anlagen, die brennbare und explosible Stoffe handhaben.

Landrat Stricker bekräftigte abschließend seine ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt. Als Begründung wurden die bereits erbrachten Sonderopfer des Emslandes angeführt. Es sei im übrigen davon auszugehen, daß die Bevölkerung Widerstand leisten wird.

StS Dr. Röhler forderte dazu auf, vor einer abschließenden Entscheidung über ein strukturpolitisch so bedeutsames Vorhaben gründlich abzuwägen. Zu diesem Zweck sollten neben weiteren Informationen auch Gespräche mit Anwohnern und Politikern in der Umgebung bestehender Anlagen geführt werden.

Reinhold 1/19/

Name	Dienststelle/Firma
Hollme	Kjrm. Hauptausbezug
Nordhimmelsing	a. Hauptausbezug
Stricker LR	Kess. Arbeitsend.-Hlj.
Hövelmann Klein	BM Tarenburg
Timpf	A-G. Nordhimmelsing
Jells	Bjrm. Wippening
Lammus	Gem.-Bez. Gemeinde Rhede (Kess)
Kleinruppe	S.B. Werlbe
Kleinruppe	S.G.D.
Schmitz	Samtgem. Jörpen
Kleinruppe	" "
Vosse	" Latzen
Panning-Proner	" "
Rekers	S.G. Sögel
Bauer	Kjg. Osnabrück
Sieber	Nds. M.S.
zur Horst	" "
Dr. Tiedeken	Lk ASD
Dr. Röhrer	Kw
Dr. Wicking	Kw
Stüler	Kw